Niederschrift

über die 8. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstag, den 06.12.2016, um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans	

Ausschussmitglieder

Elisabeth Pech-Büttner	
Dietmar Busch	
Heide Nahrgang	Vertretung für Hr. Dummer
Rolf Ebbinghaus	
Margot Grüterich	
Bernd-Eric Hoffmann	
Ralf-Udo Krapp	
Arnold Müller	
Rosemarie Kötter	Vertretung für Herrn Stark
Udo Schäfer	
Sebastian Schlüter	
Rolf Schulte	
Klaus Steinmüller	
Dr. Jörg Weber	Vertretung für Herrn Viebach
Peter Fritz Sebastian Ullmann	ab 17.05 Uhr
Horst Enneper	

Beratende Mitglieder

Thomas Lorenz	
Dr. Michalides	

von der Verwaltung

Sandra Hilverkus	
Frank Nipken	
Regine Schmidt	
Ulrich Dippel	
Jochen Knorz	
Volker Uellenberg	

Schriftführerin

Tanja Kettler-Grabert	

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Dietmar Stark	
Christian Viebach	

Tagesordnung

Der Bürgermeister eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Nach Einverständnis aller wird TOP 6 vorgezogen und dadurch zu TOP 4, TOP 4 wird TOP 5 und TOP 5 wird TOP 6.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses am 01.09.2016 (öffentlicher Teil)

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Sondernutzungssatzung)

Herr Michalides merkt an, dass im Vergleich zur alten Satzung die Neue mehr Bürokratie enthält. Zudem hat er eine Frage zu Seite 12.
Herr Knorz erklärt, dass es eine neue Tarifstelle und neue Gesetzgebung gibt. Bürger sollten „motiviert“ werden, Kraftfahrzeuge aus dem öffentlichen Verkehr zu entfernen.

In Bezug auf § 11 möchte Herr Lorenz wissen, ob der Veranstalter des Weinfestes Gebühren zahlen musste oder nicht.
In diesem Zusammenhang wird klargestellt, dass Gebühren bei öffentlichen Veranstaltung oder Brauchtümern entfallen. Privat initiierte Veranstaltungen sind zahlungspflichtig, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft muss demnach keine Gebühren entrichten.

Herr Ebbinghaus sieht in § 11 ein Problem, er zeigt Verständnis für die vom Bürgermeister gewünschte Flexibilität, sieht aber das Gesetzt nicht so flexibel. Er ist der Meinung, dass § 11 so nicht anwendbar ist und wird entsprechend nicht zustimmen.

Aufgrund der Förderung des Ehrenamtes und des Brauchtums merkt Herr Busch an, dass er der Änderung zustimmen wird. Herr Müller schließt sich dem an.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Sondernutzungen öffentlicher Straßen, Wege und Plätzen (Sondernutzungssatzung) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	16 Ja-Stimmen	(6 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 Grüne, 1 FDP, 1 pro Deutschland, Bürgermeister)
	2 Nein-Stimme	(1 AL, 1 fraktionslos)

3. Neufassung der Satzung für die Märkte der Stadt Radevormwald

Herr Knorz erläutert die Neufassung der Marktordnung und erklärt die Neudefinierung der Müllentsorgung und Standordnung.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Neufassung der Satzung für die Märkte der Stadt Radevormwald zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

4. (alt TOP 6) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Radevormwald bei Einsätzen der Feuerwehr

Herr Knorz führt die Neuerungen auf und erklärt diese.
Die Frage seitens Herrn Müller, wie weit man mit der Brandschutzbedarfsplanung ist und ob diese Berücksichtigung findet, beantwortet Herr Knorz mit ja. Die Gebühren müsse man neu berechnen, dazu sei man vorher nicht gekommen.
Herr Müller führt an, dass der letzte Brandschutzbedarfsplan von 2010 sei und nach seinem Kenntnisstand müsse dieser alle 5 Jahre neu vorgelegt werden.
Herr Knorz bejaht dies, fügt ergänzend hinzu, dass hierzu eine Abstimmung mit der Bezirksregierung erfolgt ist.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelt in der Stadt Radevormwald bei Einsätzen der Feuerwehr zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

5. (alt TOP 4) Änderung der Ordnung über die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für die Inanspruchnahme der Feuerwehr der Stadt Radevormwald

Herr Knorz erklärt die Änderungen der Ordnung über die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für die Inanspruchnahme der Feuerwehr der Stadt Radevormwald.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die 1 Änderung der Ordnung über die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für die Inanspruchnahme der Feuerwehr der Stadt Radevormwald vom 14. Dezember 2001 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

6. (alt TOP 5) Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Gewährung von Verdienstausfall und Aufwandsentschädigung an Angehörige der freiwilligen Feuerwehr Radevormwald vom 15.09.1999

Nach einer Erläuterung der Neufassung der Satzung seitens Herrn Knorz erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Neufassung der Satzung über die Festsetzung des Verdienstausfalls der beruflich selbständigen ehrenamtlichen Angehörigen und die Aufwandsentschädigung an Funktionsträger der Feuerwehr Radevormwald zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Neufassung der Entwässerungssatzung der Stadt Radevormwald vom 19.03.2014

Herr Ebbinghaus hat Fragen zur Entwässerung im öffentlichen Netz. Für ihn ist die Definition von Punkt 10 nicht klar. Er ist der Meinung, dass nicht deutlich ist, dass privat zusammengeschlossene Leitungen gemeint sind. Zu Seite 123 Abs. 7 führt er zudem an, dass nicht klar ist, was mit Selbstüberwachung gemeint ist.

Herr Dippel erklärt, dass Selbstüberwachung bedeutet, dass eine Überwachung entweder vom Grundstückseigentümer selbst oder einem von ihm beauftragten Dritten erfolgt.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den beiliegenden Entwurf der Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Entwässerungssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

8. Neufassung der Ausfuhrsatzung der Stadt Radevormwald vom 19.03.2014

Hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den vorliegenden Entwurf der Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben) – Ausfuhrsatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

9. Änderung der Hauptsatzung

Zur Änderung der Hauptsatzung haben Herr Michalides und Herr Ullmann ergänzende Anträge gestellt.

Der Bürgermeister betont, dass das Ehrenamt bedeutend aufgewertet werden muss. Nach einem Vergleich mit anderen Kommunen hat man abgeleitet, dass Maßnahmen zur Aufwertung des Ehrenamtes notwendig sind.

Herr Michalides führt formal zu seinem Antrag aus, dass dieser auch für den Rat gilt.
Ergänzend zu seinem Antrag führt er aus, dass bei einer Erhöhung eine Bedarfsanalyse erforderlich ist. Wenn eine solche Bedarfsanalyse durchgeführt wurde, soll diese noch vor der Ratssitzung den Ratsmitgliedern zugestellt werden. Zudem möchte er wissen, wie die Differenz zwischen der Vorlage und der Tischvorlage zustande gekommen ist.
Herr Uellenberg erklärt hierzu, dass Veränderungen eingearbeitet wurden.

Herr Ullmann erläutert seinen Antrag und erklärt, dass zum einen eine Bedarfsanalyse erstellt und zum anderen eine Prüfung der Abrechnung der von der SPD abgerechneten Räume durchgeführt werden muss.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass die AL anerkennt, dass die Fraktionsausstattung ausbaufähig ist. Man könne diese Erhöhung aber in der Form nicht mittragen. Er hält nichts davon, dass Gremien sich selbst alimentieren. 300 % Erhöhung sei zuviel und man ziehe sich mit Recht die Kritik der Bürger zu.
Herr Mans erklärt, dass eine Steigerung sinnvoll erklärt werden muss.

Herr Lorenz ergänzt hierzu, dass er den Vergleich mit anderen Kommunen als kritisch sieht und gesamtpolitisch sei dies kein gutes Zeichen.
Herr Ullmann bemerkt, dass er bewusst keine Bewertung der Erhöhung vorgenommen hat, den Ausführungen von Herrn Lorenz aber zustimmt, dass es das falsche Signal sei.

Herr Busch hat den Eindruck, dass die Darstellungen dahin zielen, dass die Erhöhung einem selbst zu kommen. Er betont hier noch mal, dass diese ausschließlich für die Fraktionen bestimmt ist zur Anschaffung von Lektüren, Absolvierung von Seminaren oder Weiterbildungen und dem Budget des Ehrenamtes zugeführt wird. Diese Kosten müssen gedeckt sein, um gut arbeiten zu können.

Herr Ebbinghaus bestätigt, dass es darum geht, die Fraktionen zu unterstützen, aber in der heutigen Zeit sei dies das falsche Zeichen.

Auch Herr Schlüter führt aus, dass der Eindruck entsteht, man wolle das Geld für eigene Bedarfe. Er erklärt, dass die Fraktionskassen aus der eigenen Tasche aufgefüllt werden, um die Kosten zu decken.

In diesem Zusammenhang erklärt Herr Hoffmann, dass die Darstellung in der Presse ungünstig gewesen sei. Der Bürger erwartet Fachwissen, welches aber auch finanziert werden will. Die erhebliche Anhebung sei im Vergleich zum Gesamthaushalt nicht nennenswert, so dass eine Zustimmung erfolgen muss.

Herr Lorenz betont, dass man in diesem Zusammenhang nicht von Ehrenamt sprechen sollte.

Herr Michalides fragt erneut nach, ob eine Bedarfsanalyse erstellt und Verwendungsnachweise vorgelegt wurden. Er hebt hervor, dass nach seiner Auffassung ein Vergleich mit anderen Kommunen nicht zulässig sei.

Herr Michalides möchte wissen, warum es eine Unterscheidung zwischen Gruppen und Fraktionen gibt. Hierzu erklärt Frau Schmidt, dass sich diese Definition aus der Gemeindeordnung ergibt.

Herr Ullmann regt an, seinen Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen, damit hier Rechtssicherheit besteht.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Ullmann.

Abstimmungsergebnis:	2 Ja-Stimmen	(1 AL, 1 fraktionslos)
	15 Nein-Stimmen	(5 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 Grüne, 1 FDP 1 Pro Deutschland, 1 Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(CDU)

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über die 19. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die vorliegende 19. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	13 Ja-Stimmen	(5 CDU, 4 SPD, 1 UWG, 1 Grüne, 1 Pro Deutchland, 1 Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(1 AL, 1 FDP, 1 fraktionslos)
	2 Enthaltungen	(1 CDU, 1 UWG)

Herr Michalides verzichtet auf die Abstimmung seines Antrages.

10. Beschaffung von Einsatzschutzkleidung für die Feuerwehr

Nach der Erläuterung seitens Herrn Knorz zur Beschaffung von Einsatzschutzkleidung für die Feuerwehr erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die zusätzliche Bereitstellung finanzieller Mittel in Höhe von 20.000 € zur Beschaffung dringend benötigter Einsatzschutzkleidung zu beschließen. Weiterhin wird dem Rat der Stadt empfohlen die Verwaltung mit der Beschaffung dieser Einsatzschutzkleidung zu beauftragen. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung erfolgt aus dem Produkt 1.05.04.01.01.01, Konto 533800 Leistungen nach dem AsylbLG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Stellenplan 2017

Herr Mans führt hierzu aus, dass die Einsparung von 5,19 Stellen umsetzbar sei. Der Haushalt muss gesichert werden und nach dem derzeitigen Stand ist dies sach- und fachgerecht erfolgt, auch wenn es zu Arbeitsverdichtungen führt.

Herr Müller macht deutlich, dass er bisher ein Befürworter von Personalreduzierungen gewesen sei. Die Bürger fordern jedoch Leistungen. Er möchte wissen, ob dem Personal die entsprechende und erforderliche Arbeitsausrüstung zur Verfügung steht.
Herr Mans betont, dass gerade Hard- und Software als auch die Weiterbildung im Fokus stehen.
Herr Müller gibt den Hinweis, dass die Fertigstellung des digitalen Straßenkatasters eine große Erleichterung wäre.

An dieser Stelle betont Herr Ullmann, das man bislang Personaleinsparungen abgelehnt habe und so auch dieses mal. Eine Personalreduzierung in der Verwaltung bedeute eine Reduzierung der Leistungsqualität.

Frau Pech-Büttner möchte wissen, ob die Auszubildenden im Stellenplan berücksichtigt sind. Diese sind im Stellenplan aufgeführt, finden aber keine Berücksichtigung.

Die Meinung von Herrn Ullmann kann Herr Ebbinghaus nicht teilen. Er macht deutlich, dass es bei der Stellenreduzierung wichtig sei, nicht irgendwo etwas zu streichen. Zudem möchte er wissen, wie die Streichung von 5 Stellen mit der Budget-Erhöhung von 1,4 % von 2016 auf 2017 zustande kommt.

Herr Nipken macht deutlich, dass allgemein kalkuliert wird. Das Jahr 2017 sei sehr genau geplant worden.

Hierzu erklärt Frau Schmidt noch, dass zum Beispiel für das Jahr 2016 eine Tariferhöhung von 2 % geplant war, in Wirklichkeit aber um 2,4 % erhöht wurde. Diese Differenz musste für das nächste Jahr mit eingerechnet werden.
Ergänzend fügt Herr Nipken hinzu, dass es sich hier auch nicht nur um Tariferhöhungen handelt, sondern auch um Fallerhöhungen, Altersgruppierungen und höher gruppierte Stellen handelt.
Herr Mans betont an dieser Stelle, dass zusammen mit den Amtsleitern genau hingeschaut wurde.

Im Stellenplan sind die Stellen des Ersten und eines weiteren Beigeordneten aufgeführt. Herr Michalides führt an, dass die Aufgaben eines weiteren Beigeordneten von den jetzigen Amtsleitern ausgeführt werden und plädiert für eine Streichung dieser Stelle.
Herr Müller macht deutlich, dass diese Stelle keine finanzielle Berücksichtigung im Stellenplan findet. Aufgrund der Tatsache, dass man nicht wisse, was zukünftig noch kommt, ist er der Meinung, dass die Stelle des Zweiten Beigeordneten weiter Bestandteil bleiben soll.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den vorliegenden Stellenplan zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	16 Ja-Stimmen	(5 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 Grüne, 1 AL, 1 FDP, 1 Pro Deutschland, 1 Bürgermeister)
	1 Nein-Stimme	(1 fraktionslos)
	1 Enthaltung	(1 CDU)

12. Haushalt 2017 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022

In Bezug auf die Tischvorlage berichtet Herr Nipken, dass es Änderungen im Finanzplan und in der Jugendhilfe gab.

In diesem Zusammenhang merkt Herr Ebbinghaus zum Haushalt an, dass wieder mehr Aufgaben von der Stadt selbst übernommen und nicht fremd vergeben werden sollten. Hierzu wird die AL einen Antrag für den Rat erstellen.

Es erfolgt die Abstimmung

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Haushalt 2017 und das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2022 in der von der Verwaltung als Tischvorlage vorgelegten Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	15 Ja-Stimmen	(6 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 Grüne, 1 FDP, 1 Bürgermeister)
	1 Nein-Stimme	(fraktionslos)
	2 Enthaltungen	(1 AL, 1 Pro Deutschland)

13. Elektrofahrzeuge für den städtischen Fuhrpark

Die Umsetzung von Elektrofahrzeugen im städtischen Fuhrpark scheitert gerade bei den großen Fahrzeugen, erklärt Frau Schmidt. Entweder gibt es noch keine Lastkraftwagen als Elektrofahrzeug oder sie sind zu teuer.
Sie führt weiter aus, dass die Personenkraftwagen in 2017 neu ausgeschrieben werden und es im Bereich der Kombi's auch schlecht aussieht. Eine Bezuschussung würde im Leasing-Bereich die Bank erhalten und dies auf die Leasingraten umsetzen, für Kommunen direkt gibt es keine Bezuschussung.
Herr Müller widerspricht dieser Aussage bezüglich der Bezuschussung und weist darauf hin, dass 60 Gemeinden bereits 200 Elektrofahrzeuge im Einsatz haben. Er händigt Frau Schmidt eine dazugehörige, erklärende Broschüre aus und bittet um Prüfung.

14. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt 2015

Hierzu gibt es keine Fragen oder Anmerkungen.

15. Mitteilungen und Fragen

Herr Michalides hinterfragt das Antrags- und Rederecht.

Frau Schmidt erklärt, dass Herr Michalides nur im Rat und Haupt- und Finanzausschuss ein entsprechendes Antrags- und Rederecht hat. Er kann zu Tagesordnungspunkten Anträge im Rat und im Haupt- und Finanzausschuss stellen. In anderen Ausschüssen kann Herr Michalides nur als Zuhörer fungieren, ein Rederecht müsse der Ausschuss im erteilen.

Herr Ullmann weist auf die Gemeindeordnung und das darin enthaltene Rede- und Antragsrecht hin, welches seiner Meinung nach in Widerspruch mit der Aussage von Frau Schmidt steht.
Frau Schmidt betont, dass es hierzu ein Urteil gibt, welches dem Protokoll beigefügt wird.

Ende öffentlicher Teil

Johannes Mans
Vorsitzender

Tanja Kettler-Grabert
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter